

Gesellschaft 4.0: Veränderung aktiv mitgestalten und als Chance nutzen

Thesen und Handlungsfelder der Reformorientierten Plattform für die weitere Diskussion

Die Reformorientierte Plattform in der SP Schweiz ruft angesichts der digitalen Veränderungen dazu auf, den mit der Industrie 4.0 einher gehenden Herausforderungen mit der Vision einer Gesellschaft 4.0 zu begegnen. Diese soll über parteipolitische, institutionelle und föderale Grenzen hinweg entwickelt werden und das Ziel verfolgen, sowohl unseren Wohlstand zu sichern als auch eine gerechte Verteilung von Chancen und Perspektiven zu gewährleisten. Damit Letzteres nicht zu kurz kommt, braucht es eine aktive Rolle und konstruktiv-gestaltende Mitarbeit der SP Schweiz.

Der Wandel, der mit der digitalen Entwicklung einhergeht, ist eine grosse Herausforderung für die post-industriellen Gesellschaften – aufgrund der Tragweite und insbesondere aufgrund der Geschwindigkeit der Umwälzungen. Diese verlangen nach einer Haltung, wie sie für das politische System der Schweiz alles andere als typisch ist: So braucht es einerseits die Fähigkeit, sich rasch auf bisher unbekannte Anforderungen auszurichten und andererseits die Bereitschaft, solche Weichenstellungen permanent zu überprüfen und gegebenenfalls nach kurzer Zeit wieder anzupassen.

Überforderte Politik?

„Trial and Error“ kann wahrlich nicht als schweizerische Politikmaxime bezeichnet - und auch nicht erwartet - werden. Umso weniger, als unser System traditionell auf austarierte Machtteilung ausgerichtet sowie föderal strukturiert ist - und noch dazu auf einem parlamentarischen Milizgedanken beruht. Doch nebst der institutionellen tut sich die Politik auch auf individueller Ebene schwer mit der Digitalisierung. Aus verständlichen

6 Thesen und Forderungen zur Digitalisierung

Gründen: Mangelnde Erfahrungswerte mit neuen Themen wie Big Data lassen die neue Welt unübersichtlich, kaum kontrollierbar und daher bedrohlich erscheinen. Die typische Reaktion von Politikerinnen und Politikern darauf liess sich in den letzten Jahren fast bilderbuchartig beobachten: Auf einen jahrelangen passiven Verdrängungsmodus folgte der fast überaktive Abwehrmodus. Mangels einer Gesamtsicht und übergeordneten Konzeption schießt man sich auf einzelne Phänomene und Risiken ein, vor denen man zu bewahren oder schützen versucht. Beispiele dafür sind der unbeholfene Versuch, Plattform-Unternehmen zurückzubinden oder die Idee, willkürlich einzelne Digitalisierungsprozesse (wie der Self Check Out im Detailhandel) finanziell zu belasten.

Parteiübergreifende Vision „Gesellschaft Schweiz 4.0“

Klar ist: Die unter dem Stichwort „Industrie 4.0“ subsummierten wirtschaftlichen Veränderungen verlangen auch nach gesellschaftlichen Massnahmen. Unserer Meinung nach muss sich die Politik dieser vielschichtigen und komplexen Herausforderung stellen, indem sie eine Strategie für die „Gesellschaft Schweiz 4.0“ entwirft. Dabei geht es nicht nur darum, den Wirtschaftsstandort Schweiz attraktiv zu halten, sondern insbesondere auch darum, den Menschen Perspektiven zu eröffnen. Sie sollen sich auf dem Weg in die Zukunft sicher fühlen sowie mit ihren Fähigkeiten und Interessen entfalten können.

Denn eine Vision, wie die Chancen der digitalen Entwicklung für unsere Gesellschaft zu nutzen sind, existiert bis heute nicht in unserem Land. Auch der bundesrätliche Bericht „Rahmenbedingungen der digitalen Wirtschaft“¹ ist eher eine Zusammenfassung aktueller Entwicklungen denn eine gesellschaftspolitische Strategie, welche den politischen Handlungsbedarf absteckt und der Bevölkerung Orientierung vermittelt. Wir rufen zur parteiübergreifenden und interdisziplinären Erarbeitung eines Grundkonsenses auf, damit den Herausforderungen mit einer politischen Strategie begegnet werden kann. Für die anschliessende Umsetzung dieser Strategie wird die Politik zunehmend Agilität und Innovationsbereitschaft entwickeln müssen, ohne gleichzeitig unsere Rechtssicherheit und Stabilität zu gefährden.

¹ Bundesrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft: „Bericht über die zentralen Rahmenbedingungen für die digitale Wirtschaft“;
<https://www.news.admin.ch/newsd/message/attachments/46892.pdf>

6 Thesen und Forderungen zur Digitalisierung

Aktive Rolle der Sozialdemokratischen Partei

Die Entwicklung hin zu mehr Digitalisierung und Robotik ist per se weder gut noch schlecht. Klar ist einzig: Sie lässt sich weder aufhalten noch verhindern, ja nicht einmal verzögern. Das Ziel muss es sein, sowohl unseren Wohlstand zu sichern als auch eine gerechte Verteilung von Chancen und Perspektiven zu gewährleisten. Damit Letzteres nicht zu kurz kommt, ist die aktive und konstruktive Mitarbeit der SP Schweiz von grosser Bedeutung.

Die Reformorientierte Plattform wurde Ende 2016 von gemässigten SP-Mitgliedern lanciert als Reaktion auf das von der Delegiertenversammlung der SP Schweiz verabschiedete Positionspapier zur „[Wirtschaftsdemokratie](#)²“. Dieses entfernte sich nicht nur zu weit von der Idee der sozialen Marktwirtschaft, es vernachlässigt auch sträflich jegliche Reflexion der digitalen Entwicklung. Es braucht sozialdemokratische Konzepte, um die Digitalisierung auf dem Fundament von Freiheit, Selbstbestimmung und Solidarität gestalten und nutzen zu können.

Erst stärken, dann schützen – nicht umgekehrt

Mit thematisch unterschiedlich gelagerten, kurzen und prägnanten Positionsbezügen stösst die reformorientierte Plattform die Diskussion zur „Gesellschaft Schweiz 4.0“ an – im Sinne eines Aufrufs zum parteiübergreifenden Dialog, aber auch, um die Diskussion parteiintern zu prägen. So werden die Forderungen auch in die Arbeit für ein neues wirtschaftspolitisches Papier der SP Schweiz einfließen.

Die Reformorientierte Plattform in der SP Schweiz räumt dabei dem Potenzial des Menschen sowie den Chancen für die Gesellschaft Priorität ein. Erst wenn wir ein Bild davon haben, wie der Mensch in der digitalisierten Welt gestärkt werden kann, ist auch absehbar, wie die Risiken sinnvollerweise abzusichern sind. Denn das Ziel, das wir aus sozialdemokratischer Sicht ins Zentrum stellen, ist die Befähigung und Chancengerechtigkeit der Menschen. Dafür ist der flankierende Schutz vor Risiken eine unabdingliche Bedingung – nicht weniger, aber auch nicht mehr.

² SP Schweiz: „Eine Zukunft für alle statt für wenige – Eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft zum Durchbruch bringen.“; http://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/antragspapier_2_wirtschaftsdemokratie_ueberarbeitet_nach_gl_vom_28102016_0.pdf

6 Thesen und Forderungen zur Digitalisierung

Wollen wir die sozialdemokratischen Werte und Errungenschaften in die Zukunft tragen, wird das Verharren in herkömmlichen Denkmustern und Handlungsweisen nicht ausreichen. Wir müssen dazu bereit sein, unsere Forderungen weiterzuentwickeln – stetig, mutig und offensiv.

Die Reformorientierte Plattform ist überzeugt, dass die Veränderungen durch die Digitalisierung auch eine echte Chance bieten, sozialdemokratische Antworten auf gesellschaftliche Herausforderungen zu finden. Dazu müssen wir die Entwicklungen jedoch in die richtige Richtung lenken, anstatt sie zu ignorieren oder verhindern resp. verbieten zu wollen.

Gestützt auf Arbeitspapiere der Arbeitsgruppe Digitalisierung unter der Leitung von Pascale Bruderer („[Flexibilisierung sozial gestalten: Neue Modelle der Erwerbsarbeit; Arbeitszeiten](#)“) sowie des IT-Unternehmers und SP-Mitglieds Leo Keller („[Wie die Digitalisierung die Wirtschaftspolitik der SP Schweiz verändern sollte](#)“) mischt sich die Reformorientierte Plattform mit 6 Thesen und Forderungen in die anstehende Digitalisierungsdiskussion ein.

6 Thesen und Forderungen zur Digitalisierung

1. Vorwärtsstrategie für die „Gesellschaft Schweiz 4.0“

Die Schweiz wird ihren Wohlstand nur halten können, wenn sie bei der Digitalisierung an vorderster Front mitwirkt und von den sich bietenden Chancen profitiert. Dafür hat unser Land mit seinem hohen Bildungsniveau und seiner Innovationskraft die besten Voraussetzungen. Der Industrie bieten sich spannende und wachstumsträchtige Perspektiven, von denen auch die Arbeitsnehmenden profitieren werden. Neben der „Industrie 4.0“ verdienen auch ihre gesellschaftlichen Auswirkungen unsere Aufmerksamkeit. Die überparteiliche und interdisziplinäre Erarbeitung einer Vorwärtsstrategie für die „Gesellschaft Schweiz 4.0“ tut Not - mit dem Ziel, sowohl den Wohlstand zu sichern als auch eine gerechte Verteilung von Chancen und Perspektiven zu gewährleisten.

6 Thesen und Forderungen zur Digitalisierung

2. Anpassung der Gesetzesvorgaben an die neuen Rahmenbedingungen und Abbau von Regulationshürden

Die Digitalisierung schafft mit neuen Monopolen (vgl. Google, Facebook) bisher unbekannte Risiken und neue globale Herausforderungen für die Kontrolle von marktbeherrschenden Unternehmen. Gleichzeitig – und ebenso bedeutsam – führt sie zu einer grösseren Vielfalt der Wirtschaft, indem neue innovative Unternehmen schneller und mit weniger Kapitaleinsatz als bisher in den Markt eintreten können. Die Schweiz hat alles Interesse, ein attraktives Land für solche Start-ups zu sein. Diese sind zu fördern, indem ihnen unbürokratische Verfahren zur Verfügung gestellt werden, sie besseren Zugang zu Risikokapital erhalten und steuerlich nicht unverhältnismässig belastet werden. Überholte Gesetzesvorgaben – die ihren Zweck einst erfüllten, in der digitalen Welt aber wenig praxistauglich, gar wirkungslos oder kontraproduktiv sind – als ungewollte Regulations-Hürden entpuppen, müssen an die heutigen Anforderungen angepasst werden.

Konkrete Beispiele: Flexibilisierung der Arbeitszeit-Vorgaben (vgl. unser Arbeitspapier „Flexibilisierung sozial gestalten: Neue Modelle der Erwerbsarbeit; Arbeitszeiten“); Erleichterungen bei Visa-Erteilung, vgl. [Motion Noser](#); Anpassung der Steuerpraxis bei der Bewertung von Anteilscheinen, vgl. [Motion Badran](#).

3. Stärkung von Einzel- und Mikrounternehmen sowie Vereinfachung der Sozialversicherungen

Die Digitalisierung wird von einer wachsenden Zahl an Einzelunternehmen und Mikrounternehmen mitgestaltet. Diese sind in ihrem administrativen Aufwand zu entlasten und als spezifisches Beschäftigungsmodell gesetzlich klarer festzuhalten. Denn die wirtschaftliche Bedeutung und das soziale Gewicht dieser Unternehmensformen werden stark zunehmen.

In Bezug auf Regulierungshürden gilt ein besonderes Augenmerk jenen Einzelfirmen, welche ihre Arbeitseinsätze im Umfeld von Plattform-Unternehmen anbieten. Ihre Situation ist zu stärken, indem die Gesetzesvorgaben an die digitale Welt angepasst und ihre soziale Absicherung als Selbständige verbessert wird. Ausserdem müssen hier sozialversicherungs-technische Vereinfachungen besonders zum Tragen

6 Thesen und Forderungen zur Digitalisierung

kommen, wie sie sich in Zeiten fortschreitender Digitalisierung immer mehr anbieten. Auch grosse Schritte – wie die Ablösung bestehender Sozialversicherungsgefässe durch eine allgemeine Erwerbsversicherung – gilt es angesichts der erweiterten technologischen Möglichkeiten wieder aufzugreifen.

Konkrete Beispiele: Vorschläge für Vereinfachungen sowie Präzisierungen im Sozialversicherungssystem inkl. Präzisierung der gesetzlichen Abgrenzungskriterien zwischen Selbständigen und Angestellten (vgl. unser Arbeitspapier „Flexibilisierung sozial gestalten: Neue Modelle der Erwerbsarbeit; Arbeitszeiten“)

4. Nutzung und Förderung der Plattform-Ökonomie

Das inzwischen in den verschiedensten Bereichen eingesetzte Plattform-Geschäftsmodell ist nicht nur betriebswirtschaftlich, sondern auch volkswirtschaftlich und gesamtgesellschaftlich interessant. So können bisher ungenügend erreichte Personengruppen (zum Beispiel Menschen mit Behinderung) gleichberechtigt angesprochen und für die Konsumierenden ein enormer Mehrwert und praktischer Zugang zu einer Vielzahl von Produkten und Dienstleistungen geschaffen werden. Die Idee, dank Vernetzung von Menschen und Unternehmen verfügbare Ressourcen zu teilen und auszutauschen, führt zur Steigerung ökologischer Effizienz und sozialer Interaktion sowie generell zu einer sinnvolleren Allokation von Mitteln. Die Plattform-Ökonomie gilt es deshalb zu fördern und dafür den geeigneten Rahmen zu setzen, anstatt sie verhindern oder bremsen zu wollen.

Konkretes Beispiel: Präzisierung der gesetzlichen Abgrenzungskriterien zwischen Selbständigen und Angestellten (vgl. unser Arbeitspapier „Flexibilisierung sozial gestalten: Neue Modelle der Erwerbsarbeit; Arbeitszeiten“)

5. Innovativer Staat und Service Public

Auch Staat und Zivilgesellschaft haben ein grosses Interesse, kollaborative Servicemodelle verstärkt zu nutzen. So hat ein Plattform-Unternehmen wie jenes für Nachbarschaftshilfe mila das Potenzial, über den technischen Alltagsbedarf hinaus viele weitere Bedürfnisse zu adressieren. Ideen wie die Zeitbörsen für Freiwilligenarbeit – beispielsweise gezielt als Ergänzung und Unterstützung bei der Pflege daheim – können in der digitalisierten Welt viel einfacher und kostengünstiger umgesetzt werden als früher. Ebenso kann dank Programmen künstlicher Intelligenz die berufliche Inklusion auf dem Arbeitsmarkt vorangetrieben werden; dafür sind die nötigen datenschutzspezifischen Voraussetzungen zu schaffen. Das Potenzial aus Digitalisierung, Robotik und künstlicher Intelligenz gilt es von Seiten des Staats und des Service Public im Interesse der Bürgerinnen und Bürger gezielt zu nutzen. Die öffentliche Hand ist aufgerufen, sich an umsetzungsorientierten Veranstaltungen wie Hackathons mit eigenen Bedürfnissen und Datensätzen einzubringen und dieses Innovationsfeld nicht nur der Privatwirtschaft zu überlassen.

Konkrete Beispiele: [Postulat Bruderer](#) „Inklusives Arbeitsfeld im Lichte der Digitalisierung“

6. Bildungsoffensive auf allen Ebenen

Auf dem Arbeitsmarkt wird es GewinnerInnen und VerliererInnen geben. Eine Bildungsoffensive wird hier die wirksamste Sozialpolitik und nachhaltigste Wirtschaftspolitik erweisen. Besondere Chancen bietet hier unser dual ausgerichtetes Berufsbildungssystem. Einen Effort braucht es auf der Weiterbildungsebene: Zwar ist es primär die Aufgabe der Unternehmen, ihre Mitarbeitenden auf dem Weg der Digitalisierung ihres Unternehmens zu qualifizieren. Doch auch die Politik muss sich der Frage der Um- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie derer Finanzierung verstärkt annehmen.

August 2017